



Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur • 11030 Berlin

Präsidenten des Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert MdB
- Parlamentssekretariat -
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Datum: Berlin, 08.10.2015
Seite 1 von 1

Norbert Barthle MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister für Verkehr
und digitale Infrastruktur

HAUSANSCHRIFT
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

POSTANSCHRIFT
11030 Berlin

TEL +49 (0)30 18-300-2100
FAX +49 (0)30 18-300-2119

psts-ba@bmvi.bund.de
www.bmvi.de

Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Wolfgang Gehrcke,
Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
DIE LINKE betreffend
**„Kennzeichnungspflicht von kleinen Drohnen und Vorratsdaten-
speicherung von deren Besitzerinnen und Besitzern“**
- Drucksache 18/06015

Anlagen: Antwort der Bundesregierung auf die oben bezeichnete
Kleine Anfrage (mit 4 Mehrabdrucken)

Sehr geehrter Herr Präsident,

als Anlage übersende ich die Antwort der Bundesregierung auf die
oben bezeichnete Kleine Anfrage. Mehrabdrucke dieses Schreibens
mit Anlagen für die Fraktionen des Deutschen Bundestages sind
beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Wolfgang Gehrcke, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE betreffend
„Kennzeichnungspflicht von kleinen Drohnen und Vorratsdatenspeicherung von deren Besitzerinnen und Besitzern“
- Drucksache 18/06015

Frage 1: *Inwieweit hält die Bundesregierung die Erstellung eines „Generalplans für das europäische Flugverkehrsmanagement“ für notwendig, wie er von der EU-Kommission gefordert wird (Kommissionsdokument COM(2014) 207 final vom 8.4.2014); bitte begründen?*

Frage 2: *Was müsste aus Sicht der Bundesregierung in einem solchen Generalplan hinsichtlich kleiner und mittelgroßer Drohnen geregelt werden?*

Antwort:

Die Fragen 1 und 2 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der „Generalplan für das europäische Flugverkehrsmanagement“ (Air Traffic Management Master Plan) ist das leitende Dokument, in dem die koordinierten europäischen Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Luftverkehrsmanagements festgehalten werden. In Umsetzung der Ziele des einheitlichen europäischen Luftraums (Single European Sky) verfolgt er die Verbesserung der Luftverkehrsabwicklung, wobei die Art der Luftfahrzeuge im Grundsatz keine Rolle spielt. Seit der Veröffentlichung des Generalplans wird dieser als Leitdokument für die Arbeiten auf Expertenebene von der Bundesregierung unterstützt. Der Generalplan ist jedoch kein Regulierungsinstrument. Für „Drohnen“ im Sinne von unbemannten Luftfahrtsystemen gilt es, Konzepte und Verfahren zu erarbeiten und festzustellen, wie und wie weit sie in die reguläre Flugverkehrsabwicklung integriert werden können.

Frage 3: *Welche Sicherheitserfordernisse hinsichtlich kleiner, privat genutzter Drohnen sieht die Bundesregierung derzeit?*
a) *Welche rechtlichen Verpflichtungen für welche relevanten Akteurinnen und Akteure leiten sich daraus ab?*
b) *Inwiefern wären hiervon auch Navigationsdienstleister, Drohnen-Betreiber oder Telekommunikationsdienstleister erfasst?*

Antwort:

Soweit es sich nicht um Spielzeug handelt, gelten unbemannte Fluggeräte nach dem bestehenden Luftrecht unabhängig von ihrem Gewicht als Luftfahrzeuge. Die zugehörigen Sicherheitserfordernisse sind im Luftrecht geregelt.

Frage 4: *Auf welche Weise war die Bundesregierung am Zustandekommen des „Statement von Riga“ beteiligt, und welche Vorschläge hatte sie hierzu gemacht?*

Antwort:

An der Konferenz in Riga wirkte ein Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) mit.

Frage 5: *Inwieweit hält die Bundesregierung es für notwendig, Pilotinnen und Piloten kleiner Drohnen einfacher für Gesetzesverstöße haftbar machen zu können (bitte begründen)?*

Antwort:

Da unbemannte Luftfahrtsysteme einer Aufstiegserlaubnis bedürfen, sind die Steuerer dieser Geräte bekannt, so dass mögliche Verstöße gegen die Bestimmungen bei Bekanntwerden geahndet werden können.

Frage 6: *Welche Verfahren hält die Bundesregierung für denkbar, Drohnen und ihre Besitzerinnen und Besitzer identifizieren zu können?*

Frage 7: *Welche dieser Verfahren hält die Bundesregierung für am besten geeignet?*

Frage 8: *Welche Gesetzesinitiativen werden hierzu bereits vorbereitet?*

Frage 9: *Inwieweit hält die Bundesregierung es für möglich, RFID-Chips oder andere aktiv funkende Transponder in die kleinen Drohnen einzubauen, um deren Kennzeichnung und Standort zu übertragen; (bitte begründen)?*

Frage 10: *Inwieweit hält die Bundesregierung es für möglich, „in der Landkarten-Software der Drohnen Verbotszonen zu verankern“ (das sogenannte Geofencing); bitte begründen und wie könnten diese Verbotszonen dann regelmäßig aktualisiert werden?*

Frage 11: *Inwieweit hält die Bundesregierung es für möglich, ein Register anzulegen in dem Personen und Kennzeichnungen der Drohnen gespeichert würden; (bitte begründen)?*

Frage 12: *Welche Behörden würden dann auf diese Daten zugreifen?*

Frage 13: *Wie würde im Falle der Einrichtung eines Registers die Balance zwischen „Sicherheit, Gefahrenabwehr und die Wahrung der Bürgerrechte“ (Kommissionsdokument COM(2014) 207 final vom 8.4.2014) umgesetzt?*

Antwort:

Die Fragen 6 bis 13 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das BMVI erarbeitet derzeit Rechtsgrundlagen, die innerhalb der Bundesregierung abgestimmt werden.

Frage 14: *Welche EU-Mitgliedsstaaten haben nach Kenntnis der Bundesregierung bereits einen Rechtsrahmen für Drohnen bis 150 Kilogramm eingeführt, und welche weiteren sind dabei, entsprechende Regelungen zu schaffen?*

Antwort:

Eine Erhebung der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) findet sich in der A-NPA 2015-10 der EASA unter Punkt 6.1.

Frage 15: *Inwiefern betrachtet es die Bundesregierung als notwendig, die Regulierungskompetenz für kleine Drohnen wie jene für Drohnen ab 150 Kilogramm bei der EU anzusiedeln?*

Antwort:

Wenn die Regulierungskompetenz bei der EU liegt, wird sichergestellt, dass EU-weit gemeinsame Kategorisierungen festgelegt und gemeinsame Standards entwickelt werden.

Frage 16: *Wie hat sich die Bundesregierung dazu positioniert, dass die Verordnung Nr. 216/2008 entsprechend geändert werden soll (Legal Tribune Online vom 31.8.2015)?*

Antwort:

Die Bundesregierung unterstützt dieses Vorhaben im Grundsatz.

Frage 17: *Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den am 31. Juli 2015 von der European Aviation Safety Agency (EASA) im Auftrag der Europäischen Kommission konkretisierten Regulierungsvorschlägen (A-NPA 2015-10)?*

Antwort:

Die von der EASA veröffentlichte A-NPA 2015-10 dient der Abstimmung des darin beschriebenen Konzepts mit den betroffenen Verbänden und Stellen.

Frage 18: *Wie wird sich die Bundesregierung hinsichtlich eines bereits bis Ende 2015 anvisierten Gesetzesvorschlages positionieren, und welche Haltung hat sie in entsprechenden Diskussionen bereits eingenommen?*

Antwort:

Siehe Antwort zu Fragen 6 bis 13.

Frage 19: *Welche Betriebsbeschränkungen hält die Bundesregierung hierzu hinsichtlich kleiner Drohnen (bis 25 Kilogramm) für umsetzbar bzw. durchsetzbar?*

Antwort:

Siehe Antwort zu Fragen 6 bis 13.

Frage 20: *Wie könnte aus Sicht der Bundesregierung eine vorherige Risikobewertung und Betriebserlaubnis mit strengeren Auflagen für den Betrieb von Drohnen der zweiten Kategorie (über 25 Kilogramm) umgesetzt werden?*

Antwort:

Siehe Antwort zu Fragen 6 bis 13.

Frage 21: *Inwiefern entspricht die Aussage Scheurles, die dieser in einer Keynote als Nach-Staatssekretär gehalten hatte (Telepolis vom 30.03.2012) und darin forderte, auch Polizeibehörden müssten größere Drohnen beschaffen, die hochauflösende, schwere Kameras befördern und rund um die Uhr in ganz Deutschland einsatzbereit sein könnten, der Haltung der Bundesregierung?*

Frage 22: *Inwiefern hält es die Bundesregierung für denkbar, dass Hunderte bis zum Jahr 2020 ausgemusterte Militärdrohnen dann an Polizeibehörden abgegeben werden könnten (Bundesdrucksache 18/5810)?*

Frage 23: *Welche weitere Verwendung ist für die bis 2020 vermutlich ausgemusterten Drohnen „LUNA“ oder „KZO“ vorgesehen?*

Antwort:

Die Fragen 21 bis 23 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Derzeit gibt es innerhalb der Bundesregierung hierzu keine konkreten Überlegungen.